

SP zur Sicherheitspolitik : Schutz der Zivilbevölkerung und der Menschenrechte

Autor(en): **Levrat, Christian**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **181 (2015)**

Heft 10

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-583232>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

SP zur Sicherheitspolitik: Schutz der Zivilbevölkerung und der Menschenrechte

Nach Jahren einer strukturell überdimensionierten und deshalb nicht finanzierbaren Armee und ermüdend langen «Mängellisten» steht die Schweiz mit dem Reformprojekt zur Weiterentwicklung der Armee an einer Wegscheide. Sind wir bereit, die Armee endlich den neuen sicherheits- und finanzpolitischen Realitäten anzupassen?

Christian Levrat

Der Beitrag einer erfolgreichen Friedens- und Sicherheitspolitik zur Zukunftsfähigkeit der Schweiz wird oft unterschätzt. Angesichts der weltweit höchsten Flüchtlingszahlen seit 1945 und verlustreichen Kriegshandlungen an den Rändern Europas ist dringender Handlungsbedarf eigentlich offensichtlich.

Allerdings dürfen wir den Beitrag autonomer Massnahmen zu Frieden und Sicherheit nicht länger überschätzen. Möglicherweise hilft da ein demutsvoller Blick zurück. Am 8. Mai 2015, also 70 Jahre nach Kriegsende, hat der Bundesrat erstmals «mit tiefer Dankbarkeit» an «den unschätzbaren Beitrag der Menschen aus den alliierten Staaten sowie aus allen anderen Ländern, die zur Beendigung des Krieges beitrugen», erinnert. Nicht wir, sondern die Alliierten haben uns und Europa mit Dutzenden von Millionen Opfern von Krieg und Nationalsozialismus befreit. Endlich anerkannte dies auch die Schweiz.

Dank gebührt auch der UNO und dem europäischen Friedenswerk. Es zog – bei allen Mängeln – aus den Katastrophen des 20. Jahrhunderts die richtigen Schlussfolgerungen und brachte uns eine beispiellose Periode des Friedens und der Demokratie. Dieser Dank ist umso wichtiger, als heute im Völkerrecht und den Menschenrechten verankerte europäische Grundwerte nicht mehr unangefochten sind. Alle müssen ihren Beitrag leisten, um die Grundwerte zu schützen

und zu erhalten – auch eine ab- und umgebaute Armee.

Wie bewältigt die Armee sicherheitspolitische Herausforderungen?

Im globalisierten 21. Jahrhundert lassen sich freilich die Gefahren von heute und morgen nicht mehr mit Kanonen und Panzern von der Schweizer Grenze abhalten. Vielmehr sind Frieden und Sicherheit auch der Schweiz dann am bes-

eine andere ausserordentliche Lage voraus. Diese Voraussetzungen sind definitiv nicht erfüllt, nur weil sparwütige Kantonalregierungen Hilfsarbeiten der Armee zuschanden wollen, um ihre Polizeikorps nicht ausreichend dotieren zu müssen.

Welches sind die politischen Voraussetzungen dazu?

Eine auf den Schutz der Zivilbevölkerung und der Menschenrechte ausgerichtete Armee, die im Rahmen einer breiter gefassten Friedens- und Sicherheitspolitik ihren Beitrag leistet, ist weit wirksamer und gleichzeitig bedeutend kostengünstiger als eine Retroarmee, die sich auf die Kriege von gestern vorbereitet und sich zum Hilfspersonal der Kantone degradiert.

Christian Levrat

Ständerat, Kanton Freiburg
Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz
Militärischer Grad: Soldat

Aktuelle Parlamentsmandate:

- Kommissionen für Wirtschaft und Abgaben WAK-SR
- Kommissionen für Rechtsfragen RK-SR
- Finanzkommissionen FK-SR
- Vize-Präsident Aussenpolitische Kommissionen APK-SR
- NEAT Aufsichtsdelegation NAD-SR
- Vize-Präsident Assemblée parlementaire de la Francophonie APF-SR



ten gewährleistet, wenn es der Völkergemeinschaft gelingt, die unverzichtbaren globalen öffentlichen Güter wie Klimaschutz, Armutsbekämpfung, Menschenrechte und gewaltfreie Konfliktlösung gemeinsam bereitzustellen.

Im Rahmen der internationalen Sicherheitskooperation kann und soll die Armee ihren Schutzbeitrag leisten. Der heutige Anteil der militärischen Friedensförderung von rund 1% der personellen und finanziellen Ressourcen der Schweizer Armee ist völlig ungenügend.

Auch im Inland können Situationen eintreten, in denen die Demokratie und der Schutz der Bevölkerung einen Armeeeinsatz erfordern. Dies setzt laut Bundesverfassung freilich eine schwerwiegende Bedrohung der inneren Sicherheit oder

Was will die SP dazu beitragen?

Nach dem Absturz der WEA-Vorlage im Nationalrat hat das Parlament die Wahl: Entscheidet es sich zusammen mit der SP für eine tiefgreifende Modernisierung der Armee, die sich an den tatsächlichen sicherheitspolitischen Herausforderungen orientiert? Dann bleibt die neue Armee auch im Rahmen der sich verdüsternden Perspektiven des Bundeshaushaltes langfristig finanzierbar. Oder das Parlament baut weiterhin auf eine überdimensionierte Retroarmee, die weiterhin strukturell nicht finanzierbar ist? Das Volk hat mit seinem Nein zur untauglichen Gripenvorlage eigentlich die Marschrichtung vorgegeben. ■

Für die Ausgaben 06/2015 bis 10/2015 der ASMZ haben wir die sicherheitspolitischen Ansichten verschiedener Parteien darlegen lassen. Allen wurden die gleichen Fragen gestellt, um damit, gut vergleichbar, die Meinungsbildung unserer Leser bestmöglich zu unterstützen. ac